

Dezernent Detlef Timpe geht in den Ruhestand: Ein Macher lässt locker



Landrat Michael Makiolla (m.) verabschiedete Dezernent Dr. Detlef Timpe in den Ruhestand. Mit dabei: Ehefrau Corinna (l.) und Familie. Foto: Constanze Rauert – Kreis Unna

Bildung ist ihm eine Herzensangelegenheit, die Umwelt hat er im Blick, Bauen liegt ihm im Blut. Doch jetzt lässt der Macher locker: Dr. Detlef Timpe geht in den Ruhestand und kümmert sich um andere Projekte – bohren, hämmern und schrauben mit dem Enkel beispielsweise.

Zuvor sagte Landrat Michael Makiolla mit vielen anderen: „Danke Detlef.“ Er bescheinigte seinem langjährigen Weggefährten bei der offiziellen Verabschiedung „ein großes Maß an fachlicher Kreativität“ und stellte fest: „Detlef Timpe ist immer ein politisch denkender Beamter gewesen und war daher ein streitbarer Partner, der auch Konflikte durchstehen

konnte.“

An der Spitze des ersten Kreis-Umweltamtes

Timpe, 1953 in der Nähe von Bielefeld geboren, wechselte im Februar 1989 von der Stadt Bottrop an die Spitze des landesweit wohl ersten Kreis-Umweltamtes. 1993 übernahm er auch die Leitung eines Dezernates und damit neben dem Umweltbereich Verantwortung für Vermessung und Kataster.

Bereits in den ersten Jahren leistete der Dortmunder Pionierarbeit z.B. durch die flächendeckende Ausweisung von Landschaftsplänen und den Aufbau der Ökologischen Station in Bergkamen-Heil. In der Abfallwirtschaft stellte Timpe neue Weichen, als der Kreis mit Dortmund und Hamm die Müllverbrennungsanlage in Hamm kaufte: Die Abfallentsorgung ist hier seitdem in öffentlicher Hand.

Ab 1995 kümmerte sich der Diplom-Ingenieur mit Dokortitel als Dezernent auch ums Bauen und seit 2006 zudem um den Bereich Schulen und Bildung. Das machte mehr als Sinn: „Schulen mit Zukunft“ ist nur eins der millionenschweren Bauprogramme, die Timpes Handschrift tragen. Er erneuerte und erweiterte nicht nur die Berufskollegs, sondern organisierte auch die Sanierung des Kreishauses Unna als bundesweit viel beachtetes PPP-Modell (öffentlich-private Partnerschaft) mit.

Fördergelder in Millionenhöhe in den Kreis geholt

Immer wieder wusste der Bau- und Umweltsachmann Fördergelder in den Kreis zu holen. So entstand Haus Opherdicke mit Bundesgeldern als architektonisches Kleinod neu und an der Ökologischen Station parallel dazu ein „Gästehaus“ insbesondere für mehrtägigen naturkundlichen Schulunterricht. Timpe realisierte außerdem die Sanierung und den Bau von Kreisstraßen zwischen Selm und Schwerte und die Verkehrsanbindung von Gewerbegebieten wie etwa in Bönen.

Mehr noch: Timpe organisierte die Überführung der Förderschulen im Kreis in die Trägerschaft des Kreises. Er

beförderte die Inklusion und die Schaffung von Ausbildungsangeboten für benachteiligte Schüler war eine Herzensangelegenheit. Etwas unverhofft krönte Dr. Detlef Timpe seine Karriere beim Kreis zwischen Januar und Juli dann noch als kommissarischer Kreisdirektor und Kämmerer. PK | PKU

Neue Broschüre gegen häusliche Gewalt: Informationen auf 21 Sprachen



Heidi Bierkämper-Braun (Gleichstellungsbeauftragte Kreis Unna, r.), Josefa Redzeqi (Gleichstellungsbeauftragte Kreisstadt Unna, l.) und Karin Gottwald (Frauen- und Mädchenberatungsstelle, M.) stellen die Broschüre vor. Foto:

Max Rolke – Kreis Unna

Demütigung, Einschüchterung, Schläge oder sogar versuchte Tötungen – häusliche Gewalt tritt in vielen Formen auf. Oft wird das Thema verharmlost und verschwiegen. Das will der Kreis Unna als Mitglied am Runden Tisch gegen häusliche Gewalt ändern und hat eine neue Broschüre veröffentlicht.

„Wir wollen den von Gewalt betroffenen Frauen Möglichkeiten zu ihrem Schutz aufzeigen und stellen ihnen die Anlaufstellen und Kontakte im Kreis Unna vor“, so Heidi Bierkämper-Braun, Gleichstellungsbeauftragte Kreis Unna. Der Bedarf ist groß: „Jede vierte Frau hat statistisch gesehen mindestens einmal in ihrem Leben häusliche Gewalt erlebt“, ergänzt Josefa Redzepi, Gleichstellungsbeauftragte der Kreisstadt Unna.

Runder Tisch gegen Gewalt

Bierkämper-Braun und Redzepi bilden mit Karin Gottwald (Leiterin der Frauen- und Mädchenberatungsstelle) das Koordinatorinnen-Team des Runden Tisches gegen häusliche Gewalt. Sie haben die neue Broschüre erstellt, die Sparkasse KamenUnna hat sie finanziell unterstützt.

Seit heute werden 10.000 der Broschüren im gesamten Kreis Unna verteilt. Unter anderem sind sie dann in Beratungsstellen, Krankenhäusern, Kindergärten, Schulen, bei Ärzten, Rechtsanwälten oder bei den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten zu finden. Die Broschüre beschreibt in 21 verschiedenen Sprachen die Handlungsmöglichkeiten der Polizei für die Opfer von häuslicher Gewalt.

Wer schlägt, der geht!

Grundlage für die Informationen in der Broschüre ist das Gewaltschutzgesetz, das 2002 eingeführt wurde. Damit wurde eine neue täterorientierte Handlungsstrategie entwickelt. Nach dem Motto „Wer schlägt, der geht!“ kann die Polizei die Täter aus der Wohnung verweisen. Darüber klärt die Broschüre auf.

Mit Wohnungs-Wegweisung und Rückkehrverbot für die gewalttätige Person sollen Frauen geschützt werden.

„Wir wollen mit der Broschüre betroffene Frauen ermutigen, sich beraten und unterstützen zu lassen“, so Karin Gottwald von der Frauen- und Mädchenberatungsstelle. Sie ist eine erste Anlaufstelle für kostenlose, kurzfristige, telefonische und persönliche Beratung. Die Frauen werden dort bei der Entscheidung und Umsetzung weiterer Schritte unterstützt. Wichtig dabei: Die Kontaktdaten wurden in der Broschüre ebenfalls auf 21 Sprache übersetzt. PK | PKU

Ausstellungseröffnung „100 Jahre Frauenwahlrecht“ in den Räumlichkeiten der VHS



Laden zur Aussteöllung und zum Film ein (v. l.): Martina Bierkämper, VHS-Leiterin Sabine Ostrowski und Ludger Kortendieck.

In Kooperation mit dem Jugendamt der Stadt Bergkamen, Ludger Kortendieck, und der Kommunalen Gleichstellungsstelle, Martina

Bierkämper, zeigt die VHS Bergkamen ab dem 4. September 2018 die Wanderausstellung „Frauenpolitischer Aufbruch – Der Kampf um das Frauenwahlrecht in Deutschland“ des Frauenmuseums Bonn. Gezeigt wird zum Thema am 13. September ab 19 Uhr ebenfalls im Treffpunkt ein Spielfilm. Sowohl diese Zusammenarbeit zwischen den Ämtern also auch das Filmangebot sollen fortgesetzt werden.

Das Deutsche Reich gehörte zu den Staaten, die Ende 1918 relativ früh das allgemeine Frauenwahlrecht einführten. Die erste, die politische Gleichberechtigung forderte, war die Schriftstellerin Hedwig Dohm mit ihrem Werk „Der Frauen Natur und Recht“ von 1876. Seit Mitte der 1890er Jahre hatten sich einzelne Frauen um die Juristin Dr. Anita Augspurg für das Frauenstimmrecht ausgesprochen, die 1902 den Verein für das Frauenstimmrecht gründeten.

Die Ausstellung geht der Frage nach, mit welchen Strategien die Frauenrechtlerinnen auftraten und wie sie sich vernetzten. Vorgestellt werden Sozialistinnen, konservative bürgerliche Frauen und die sogenannten Radikalen.

Die Ausstellung zeigt sieben Tafeln mit Portraits von Louise Otto-Peters, Hedwig Dohm, Marie Stritt, Clara Zetkin, Ottilie Bader und Marie Juchacz.

Acht Roll-Ups zeigen die historischen Zusammenhänger. Zudem werden einige historische Dokumente und Postkarten mit der Forderung nach dem Frauenwahlrecht ausgestellt.

Es lohnt sich, die Ausstellung zu besuchen. Sie ist bis zum 26. September bei der Volkshochschule im Treffpunkt an der Lessingstraße zu besichtigen.

Ein weiteres Highlight ist die Filmvorführung am Donnerstag, 13. September, ab 19.00 Uhr, ebenfalls zum Thema „100 Jahre Frauenwahlrecht“. Der Lizenzvertrag für die Vorführung lässt die Nennung des Filmtitels nicht zu, er kann aber bei der VHS erfragt werden.

Der Film erzählt den Kampf um die Einführung des

Frauenstimmrechts am Beispiel der Protagonistin Vera Rückstuhl, Hausfrau und Mutter von zwei Kindern. In einem Appenzeller Dorf beginnt sie, sich langsam, aber hartnäckig für das Frauenstimmrecht einzusetzen – und dafür, wieder berufstätig sein zu können.

Als sie dies ihrem Mann anvertraut, verbietet er ihr, eine Stelle zu suchen – und kann sich dabei auf das Gesetz berufen.

Schauen Sie sich den Film an! Es lohnt sich! Er besticht durch seine charmant-verspielte, witzige, tragische Inszenierung und seine hervorragenden Schauspielerinnen.

Der Eintritt liegt bei 5,00 €.

Melden Sie sich bitte an!

Bergkamener SPD trauert um Herbert Korte

Die SPD Bergkamen muss Abschied nehmen von Herbert Korte, der Anfang vergangener Woche im Alter von 77 Jahren verstorben ist. Herbert Korte, Weddinghofer Urgestein, hat sich ein Leben lang aktiv ehrenamtlich engagiert, unter anderem in der freiwilligen Feuerwehr und in der Politik. Sein unermüdlicher Einsatz galt seinem Wohnumfeld in Bergkamen und den Interessen der Bergkamener Bevölkerung.

Im Jahr 1965 ist er der SPD beigetreten. Der Partei blieb er sein ganzes Leben treu. Im Laufe der Jahre war er in verschiedenen SPD-Parteigremien äußerst aktiv, unter anderem im Unterbezirksausschuss, im Stadtverbandsvorstand und im Vorstand des Ortsvereins Weddinghofen.

Der Weddinghofer Sozialdemokrat engagierte sich von 1984 an als sachkundiger Bürger in zahlreichen Fachausschüssen des Rates der Stadt Bergkamen. Bei der Kommunalwahl im Jahr 2004 wurde er in den Rat der Stadt Bergkamen gewählt, welchem er bis 2009 angehörte. Auch während dieser Zeit engagierte er sich in verschiedenen Fachausschüssen, u.a. im Haupt- und Finanzausschuss und im Ausschuss für Bauen und Verkehr.

In der Zeit von Oktober 2004 bis Oktober 2009 übte er zudem mit großer Leidenschaft das Amt des Ortsvorstehers für den Ortsteil Weddinghofen aus.

„Sein Tod macht uns sehr betroffen. Wir verlieren mit Herbert Korte einen engagierten Genossen, einen freundlichen Menschen, der das Herz am richtigen Fleck hatte. Wir gedenken seiner in großer Dankbarkeit.

Unsere aufrichtige Anteilnahme in diesen schweren Stunden gilt seiner Familie“, erklärt Stadtverbandsvorsitzender André Rocholl.

Christdemokraten wollen es wissen: Wie schreibe ich eine Pressemitteilung?

Wie schreibe ich eine Pressemitteilung, warum ist mein Text wieder nicht in der Tageszeitung erschienen und was kann ich dagegen tun? Antworten auf diese und alle weiteren Fragen rund um das Thema gibt das nächste Seminar der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU am Samstag, 29. September, 10:00 bis 17:00 Uhr in der CDU-Geschäftsstelle Werne, Krchhof 6.

Dozenten ist Joachim Ochs den Geschäftsführer einer PR-Beratung. Er ist ausgebildeter Journalist und war nicht nur als Redakteur, sondern auch viele Jahre als Pressesprecher und Kommunikationsberater für Unternehmen und Verbände tätig.

Neben der Vermittlung des erforderlichen Basiswissens wird er den Teilnehmer zahlreiche Einblicke in die Praxis ermöglichen. Anhand praktischer Übungen wird erlernt, wie man Pressemitteilungen schreibt oder sie so verbessert, dass ihre Chancen auf Veröffentlichung steigen.

Der Teilnehmerbeitrag beträgt 10 Euro. Da die Teilnehmerzahl beschränkt ist, werden die Anmeldungen in der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt. Verbindliche Anmeldungen an:

CDU-Kreisgeschäftsstelle Unna

Parkstraße 31, 59425 Unna

info@cdu-kreis-unna.de

SPD-Dämmerschoppen erstmals auf dem Platz am Ehrenmal an der Schulstraße

Traditionell veranstaltet der Ortsverein der SPD Weddinghofen-Heil am Freitag, 31. August, von 17 bis 21 Uhr seinen Dämmerschoppen. Erstmals wird die Veranstaltung am Ehrenmal in Weddinghofen, Häupenweg/Ecke Schulstraße stattfinden.

Neben den Weddinghofer SPD Kreis- und Ratsvertretern stehen auch Bürgermeister Roland Schäfer und der heimische MdL Rüdiger Weiß in gemütlicher Atmosphäre für Gespräche zur Verfügung. Für das leibliche Wohl zu zivilen Preisen ist bestens gesorgt. Es handelt sich um keine reine

Parteiveranstaltung, alle interessierten Bürgerinnen- und Bürger sind herzlich eingeladen.

Der Dämmerchoppen ist darüber hinaus Auftakt der Aktion: „Hallo Weddinghofen, Vorschläge gesucht“.

Zum Hintergrund schreibt Ortsvereinsvorsitzender Jens Schmülling:

„An der Ecke Schulstraße/Häupenweg haben wir ein schönes Fleckchen Erde zum verweilen, gedenken und spazieren. Die kleine grüne Freifläche ganz in der Nähe des Martin Luther Hauses wird regelmäßig von Besuchern genutzt. Dieser Platz, inmitten unseres Stadtteils Weddinghofen, hat bislang leider keinen offiziellen Namen. Auch unser Stadtarchiv gibt hierauf keine Antwort.

Die SPD in Weddinghofen-Heil möchten dies mit Unterstützung der Bergkamener Bürgerinnen und Bürger sehr gern ändern. Wir suchen Geschichten, Hintergründe und Anekdoten rund um den Platz, an dem heute das Soldatenehrenmal seine Heimat hat, um die Fläche und ihre Geschichte etwas mehr in den Blickwinkel des Ortsteils Weddinghofen zu nehmen.

Des Weiteren möchten wir konkrete Ideen für eine Namensfindung aus der Bergkamener Bürgerschaft sammeln und suchen deshalb Vorschläge.

Der SPD Ortsverein hat hierzu Postkarten drucken lassen, die im Ortsteil Weddinghofen ab dem 31.08.18 zur Verteilung kommen.

Neben der „Belohnung“ den Platz durch einen eigenen Namensvorschlag zu benennen, prämiiert der SPD Ortsverein den Gewinnervorschlag darüber hinaus noch mit einem Restaurantgutschein für eine Gastronomie in Weddinghofen.“

NRW-weiter Probealarm am 6. September: Was ist im Ernstfall zu tun?

Großbrände oder Katastrophen kommen vor. Dass die Bevölkerung dann gewarnt werden muss, ist klar. Über Radio, Fernsehen und Internet werden viele erreicht – das Land NRW möchte mehr und setzt außerdem noch auf Sirenen



und Lautsprecherdurchsagen. Doch wie klingen die und was ist bei einem Alarm zu tun? Genau das soll beim ersten NRW-weiten Warntag am Donnerstag, 6. September um 10 Uhr geübt werden.

Ältere kennen die Signale aus dem Krieg und denken mit Schrecken daran zurück, Jüngeren sagen die Warntöne meist nichts. „Angst muss niemand haben, Ahnung schon“, meint Landrat Michael Makiolla und wirbt dafür, sich im Vorfeld die Signale einzuprägen und dann am 6. September genau hinzuhören. Die Möglichkeit zur „Tonprobe“ gibt es unter www.warnung.nrw/sirenen.

Jeder soll wissen, wie er sich verhalten muss

Die künftig immer am ersten Donnerstag im September geplanten Warntage sollen jeweils unter einem bestimmten Thema stehen. „Wir wollen das Thema Warnung wieder mehr ins Bewusstsein rücken. Wenn jeder Einzelne weiß, wie er sich zu verhalten hat, sinkt das Risiko für die Gesamtheit“, erklärt NRW-Innenminister Herbert Reul.

Bevölkerung soll Bedeutung der Signale kennen

Bei der Premiere am 6. September geht es vor allem um die Bedeutung der Sirenensignale, um Informationen zu Warnanlässen, zu Warnmitteln und zu Verhaltenshinweisen.

Parallel zu den Sirenen wird das Land am 6. September um 10 Uhr über die Warn-App „NINA“ (Notfall-Informationen- und Nachrichten-App des Bundes) eine Probewarnmeldung versenden. Die App kann kostenfrei heruntergeladen werden. Über sie wurden z. B. am 30. Juni beim Großbrand in Bönen Verhaltensregeln an die Bevölkerung gegeben.

Informationen zum Probealarm am 6. September um 10 Uhr gibt es auf der vom Land geschalteten Internetseite www.warnung.nrw und unter www.kreis-unna.de/nachrichten und in den Social Media-Kanälen des Kreises (www.facebook.com/KreisUnna, www.twitter.com/kreis_UN). PK | PKU

Landrat appelliert an Bundeskanzlerin: Arbeit statt Arbeitslosigkeit bezahlen



Landrat Michael Makiolla.
Foto: Linda Peloso – Kreis Unna

Die Wirtschaft boomt. Das sollte auch mehr Langzeitarbeitslose in Lohn und Brot bringen. Allerdings plant die Bundesregierung, die Voraussetzungen für den Zugang zu sozialer Beschäftigung zu verschärfen. „Das geht nicht“, erklärt Landrat Michael Makiolla. Er hat deshalb an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel geschrieben.

Der Landrat begrüßt dabei ausdrücklich eine geplante Gesetzesänderung, die die Chancen Langzeitarbeitsloser auf eine dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt erheblich erhöhen soll. Er verweist gleichzeitig auf ein Ende 2018 auslaufendes Bundesprogramm, mit dem es im Kreis gelungen sei, „mehrere hundert Arbeitslose mit Vermittlungshandicaps in eine Beschäftigung zu bringen“.

Dieser Weg müsse weiter beschrritten werden. Dafür ist es nach Überzeugung von Landrat Michael Makiolla notwendig, „an wenigen Stellen Verbesserungen vorzunehmen, damit für die Menschen nicht nur in unserer Region am Ende spürbare Erfolge stehen“.

Bezahlung nach geltendem Tarif

Eine hundertprozentige Förderung in Höhe des Mindestlohnes bedeutet nach Ansicht von Landrat Makiolla, dass tarifgebundene Arbeitgeber zuzahlen müssten und damit die Zahl der potentiell zur Verfügung stehenden Plätze nicht ausgeschöpft werden würde.

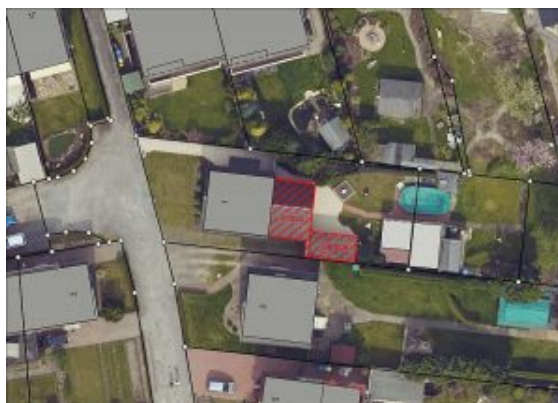
Anspruchsvoraussetzung Leistungsbezug 4 Jahre

Nach den Plänen der Bundesregierung soll der Zugang zu sozialer Beschäftigung erst nach sieben Jahren erfolgen. Makiolla ist ausdrücklich für das Bezahlen von Arbeit und nicht von Arbeitslosigkeit. Außerdem würde „Ein längerer Zeitraum (...) die Lebenssituation vieler betroffener Menschen verkennen. Gerade wenn in Familien Elternteile Jahre ohne Beschäftigung sind, können das die für die kommende Generation prägenden Jahre sein“.

Beiträge zur Arbeitslosenversicherung

Abschließend regt der Landrat einen Gesetzesentwurf zum Passiv-Aktiv-Tausch an. „Nur dann haben die Kommunen die Möglichkeit, eingesparte Mittel aus den Kosten der Unterkunft direkt für die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen einzusetzen.“ PK | PKU

Hauseigentümer aufgepasst: Alle Gebäude sollen vermessen werden



So sieht es aus, wenn Luftbilder mit der Liegenschaftskarte abgeglichen werden: Der Anbau und die Garage sind noch nicht vermerkt und grau hinterlegt. Grafik Kreis Unna

Ein neuer Wintergarten, der Anbau für mehr Wohnfläche oder eine neue Garage – wer sein Haus vergrößern möchte, der muss es auch neu vermessen lassen. Diese Gebäudeeinmessungspflicht

besteht seit 1972. Davor errichtete Gebäude werden vom Fachbereich Vermessung und Kataster kostenlos eingemessen.

„Circa 2.000 Gebäude bzw. Gebäudeteile sind noch nicht in der Liegenschaftskarte dargestellt“, erklärt Matthias Neumann-Redlin, Sachgebietsleiter für Vermessungen und Raumbezug beim Kreis Unna. „Dazu führen wir in den nächsten zwei Jahren vermehrt Gebäudeeinmessungen im gesamten Kreis Unna durch.“

Information für Eigentümer

Das heißt, dass die Mitarbeiter zu den Eigentümern fahren, deren Gebäude noch nicht eingemessen sind, sich mit Dienstausweis vorstellen und über das Vorhaben informieren. „In der Regel wissen die Eigentümer aber bereits, dass ihr Gebäude noch nicht eingemessen ist – überraschend dürfte der Besuch von uns also in den wenigsten Fällen sein“, sagt der Sachgebietsleiter. „In einigen Fällen müssen allerdings auch die benachbarten Grundstücke betreten werden, um den Bezug zu anderen Gebäuden oder Vermessungspunkten herzustellen.“

Der Nachweis der Gebäude im Liegenschaftskataster ist nicht nur ein wertvoller Beitrag zur Rechtssicherheit der Eigentümer, sondern ist auch als Planungsgrundlage öffentlicher und privater Planungsträger von hoher Bedeutung. Daher greifen die Mitarbeiter auch auf aktuelle Luftbilder zurück, um noch nicht eingemessene Gebäude durch einen Vergleich mit der Liegenschaftskarte zu identifizieren.

Einmessen lassen – aber wie?

Ist ein seit 1972 errichtetes Gebäude noch nicht eingemessen, wird der Eigentümer dazu aufgefordert, einen Antrag auf Gebäudeeinmessung zu stellen. Dann muss er entweder einen öffentlich bestellten Vermessungsingenieur oder das Sachgebiet Vermessung und Raumbezug beauftragen, die Vermessung durchzuführen.

Allgemeinen Informationen zum Verfahren gibt es auch im Sachgebiet Vermessung und Raumbezug bei Sachgebietsleiter

Oliver Kaczmarek: Reform der Pflegeausbildung längst überfällig

Der Bundestag hat jetzt endgültig den Weg für die Reform der Pflegeausbildung freigemacht. Nachdem im letzten Jahr mit dem Pflegeberufereformgesetz die berufsrechtlichen Grundlagen für die neue Ausbildung gelegt wurden, regelt die jetzt verabschiedete Ausbildungs- und Prüfungsverordnung die Umsetzung durch die Schulträger und Ausbildungsbetriebe.

„Endlich steht der längst überfälligen Weiterentwicklung der Pflegeberufe nun nichts mehr im Wege“, freut sich der SPD-Bundestagabgeordnete Oliver Kaczmarek. „Die Rechtsverordnung beinhaltet detaillierte Vorgaben für Ausbildungsziele und Stundenaufteilung der künftig zusammengelegten Ausbildung in der Kinderkranken-, Kranken- und Altenpflege und schafft die Voraussetzung, damit die neue Pflegeausbildung pünktlich zum 01.01.2020 starten kann.“

Mit der Ausbildungsreform sollen nicht nur mehr Pflegefachkräften gewonnen, sondern auch die ungerechten Gehaltsunterschiede zwischen der Alten- und Krankenpflege ausgeglichen werden. Außerdem werde endlich bundesweit das Schulgeld abgeschafft.

Bis zum Start der neuen Ausbildung im Jahr 2020 müssen die Länder die Vorgaben der Verordnung noch in ihr Schul- und Hochschulrecht übernehmen. Kaczmarek ruft die

Ausbildungsträger und Pflegeschulen im Kreis Unna dazu auf, sich bereits jetzt auf die neue Ausbildung einzustellen. Für den Abschluss der notwendigen Kooperationsverträge vor Ort und organisatorische Änderungen seien im Gesetz Unterstützungsangebote vorgesehen. „Zur Überwindung des Fachkräftemangels müssen Politik und alle Akteure in der Pflege an einem Strang ziehen“, betont der SPD-Politiker. Das gilt nicht nur für die beschlossene Reform Pflegeausbildung, sondern auch für die nächsten Schritte, die im Rahmen der in Kürze beginnenden Konzertierte Aktion Pflege vereinbart werden sollen.

Verwaltungsbericht 2018 der Stadt Bergkamen

Ab sofort ist der Verwaltungsbericht 2018 der Stadt Bergkamen für die Jahre 2016/2017 auf der Homepage der Stadt Bergkamen einsehbar. Darüber hinaus liegt er in der Stadtbücherei aus und ist auf Nachfrage auch im Rathaus, Zimmer 118, erhältlich.